

Wegen sind. So gilt, gemeinschaftlich zusammenarbeiten. Einigkeit schafft man aber nicht durch solche Reden, wie die des Herrn Drey. Wenn es zum Kampfe um die Wahlberechtigung gekommen wäre, hätte die Volkspartei gegen Drey auftreten müssen. Aber sie hat in Drey nicht nur einen Sozialdemokraten gesehen. Als die Kandidat des Sozialisten wurde, habe er den richtigen Weg gefunden. Das sei ihm hoch anzurechnen.

Reichsanwalt Dr. Witz forderte die Parteien auf, sich über den Ernst der Lage klar zu sein. Nach den vorliegenden Nachrichten und dem Bekenntnis eines Beteiligten an der Verführung müsse mit neuen politischen Mächten in Deutschland gerechnet werden. (Ausklang Bewegung.) Auf die Einladung des Kanzlers, das ganze Volk solle zusammenstehen gegen Hunger und Elend, habe Drey mit einer gedächlichen Rede geantwortet. (Ausklang.)

Der Antrag auf Verlängerung des Amtsdauer des Reichspräsidenten wurde darauf gegen die Stimmen der Sozialnationalen, der Kommunisten und der beiden Mitglieder der Fraktion Ledebour in erster und zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung findet Dienstag statt.

Die Leistungsfähigkeit der Angestelltenversicherung.

Zug Geldwertwertung nie gefährdet.

Seitdem die Reichsregierung in einer Denkschrift für den Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages den Vorschlag gemacht hat, die Versicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung auf 500 000 Mark zu erhöhen und der Ausschuss bei seiner Beratung dieser Denkschrift den Vorschlag gefasst hat, die allgemeine Versicherungsgrenze überhaupt zu streichen, ist gerade in den Kreisen der leitenden Angestellten die Befürchtung laut geworden, der Vorschlag der Regierung und der viel weitergehende Beschluss des Ausschusses seien „ein letzter Versuch mit untauglichen Mitteln, die junge, durch den Krieg und die Geldwertwertung gefährdete Angestelltenversicherung über Wasser zu halten“.

Von irgendwelcher Gefährdung der Finanzlage oder der Leistungsfähigkeit der Angestelltenversicherung durch die kurze Dauer ihres Bestehens oder durch die Folgen der Geldwertwertung ist natürlich nicht die Rede. Der Vorschlag der Regierung, die Versicherungsgrenze von 300 000 auf 500 000 Mark zu erhöhen, ist kein grundsätzliches Novum, sondern hält sich eng an die Richtlinien, die bisher auch bei den anderen Erhöhungen maßgebend gewesen sind. Das Reichsarbeitsministerium steht auf dem Standpunkt, daß die Versicherungsgrenze, so zu stehen ist, daß Kreise, die bisher versichert waren, weil sie im Frieden Einkommen bis zu 5000 Mark bezogen, unbedingt weiterhin die nach sozialpolitischen und nicht nach privatwirtschaftlichen Erwägungen betriebene Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung weiter genießen müsse. Das Reichsarbeitsministerium hat zu dem Zweck fortlaufend mit der Geldwertwertung eine statistische Kontrolle darüber geführt, wie sich die Einkommensverhältnisse der obersten Schicht der im Frieden noch Versicherungspflichtigen gestaltet habe. Dabei ist festgestellt worden, daß heute derjenige Angestellte, der im Frieden 5000 Mark bezog, annähernd das 100fache erhält, so daß die 500 000-Mark-Grenze nur die Festhaltung der alten Versicherungsgrenze in dem entwerteten Gelde bedeutet.

Die Reichsregierung ist entschlossen, im Plenum des Reichstages den Antrag des Sozialpolitischen Ausschusses, die Versicherungsgrenze überhaupt lassen zu lassen, nachdrücklich zu bekämpfen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß nur diejenigen Kreise Anspruch auf die besonders günstigen Versicherungsbedingungen der Angestelltenversicherung haben, die entweder ihrer schon angehört haben oder deren Einkommensverhältnisse derartige sind, daß ihr Realeinkommen unter der Vorkriegs-Versicherungsgrenze liegt.

Die Genfer Arbeitskonferenz.

In Genf wurde die vierte Internationale Arbeitskonferenz von dem gegenwärtigen Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Arbeitsämter, dem französischen Regierungspräsidenten Fontaine eröffnet, der den schweizerischen und deutschen Behörden noch einmal den Dank der Arbeitsorganisation für das zum Neubau des Arbeitsamtes zur Verfügung gestellte Grundstück ausdrückte. Zum Präsidenten der Konferenz wurde der Präsident der vorjährigen Arbeitskonferenz, Lord Burnham, gewählt, der der Konferenz nicht als Delegierter angehört. Lord Burnham übernahm das Präsidium mit einer Ansprache, in der er betonte, daß die Erhaltung des Friedens in der Inbühne am besten geeignet sei, den Weltfrieden zu sichern. Mit den Reden von den bisherigen Arbeitskonferenzen beschlossenen Konventionen und den angenommenen Empfehlungen habe die Arbeitsorganisation ein gutes Stück dieses Weges bereits zurückgelegt.

Von den 55 eingeladenen Staaten sind auf der Konferenz insgesamt 32 Staaten mit zusammen 182 Delegierten und technischen Sachverständigen der Regierungen, der Arbeitgeberverbände und der Arbeitgebervereinigungen vertreten. Einige Süd- und mittelamerikanische Staaten, u. a. auch Brasilien, ferner Libanon, China und Rumänien sind nur durch Regierungsdelegierte vertreten. Für Deutschland sind anwesend: als Regierungsdelegierter der Ministerialrat im Arbeitsministerium Dr. Lehmann und der Regierungsrat im Ministerium des Innern Scholz, als technische Berater der Regierungsrat im Arbeitsministerium Kuttig und der Genfer Konsul, Legationsrat Dr. Kasse, als Arbeitgebervertreter Kommerzienrat Vogel von der Arbeitgeberorganisation der sächsischen Textilindustrie und als Arbeiterdelegierter der frühere deutsche Wirtschaftsminister Wiffel.

Kleine politische Meldungen.

Das neue Reichswahlgesetz. Der Reichstag hat mit einigen Änderungen das Gesetz zur Änderung des Reichswahlgesetzes angenommen. Die Bestimmungen können in Zukunft die Aufgabe der Partei enthalten. Für Sachsen sollen nun auch für die Reichstagswahlen die Bestimmungen des sächsischen Landeswahlgesetzes vom 4. September 1920 maßgebend sein, wonach das Land in drei Wahlkreise geteilt wird, von denen der erste die Kreiswahlmännern Bautzen und Dresden, der zweite die Kreiswahlmännern Leipzig und der dritte die Kreiswahlmännern Chemnitz und Amdam umfasst.

Der Nationalfeiertag. Der Reichsausschuss des Reichstages legte am 20. Oktober einen Antrag der Sozialdemokraten ab, den 8. November gesetzlich als Nationalfeiertag festzusetzen. Dafür stimmen nur die Sozialisten. Sodann wurde die Vorgabe, die Geldstrafen für Zeugen und Sachverständige zu erhöhen,

nach der Regierungsvorlage angenommen. Ebenso wurde die Verordnung zur Ausregelung der Lohnpfändungen entsprechend dem Regierungsvorschlag angenommen.

Die Umverteilung der Reichsrentenempfänger wurden im Hauptausgang des Reichstages in der Sitzung vom 20. Oktober von 6000 auf 12 000 Mark, von 2500 auf 7000 Mark erhöht. Ein Antrag des Reiches des Reiches Reichstages zu ändern, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und der Sozialisten abgelehnt.

Englische Reden bei der deutschen Reichsbahn. Die deutsche Reichsbahn muß gegenwärtig, um den Betrieb voll durchzuführen zu können, in erheblichem Maße englische Kohle zur Lokomotivenergie verwenden. Das der hohe Preis derselben auch die Wirtschaftlichkeit des Reichsbahnunternehmens ungünstig beeinflusst und die Betriebsführung verteuert, ist leicht einzusehen.

Englische Reden und Kommunisten. Die große Aussprache im Reichstages über die Wirtschaftspolitik hat wenigstens das eine Gute gezeitigt, daß in ihr klargestellt wurde, welche Gefahren der inneren Ruhe und Ordnung von den Extremen rechts und links drohen. Wie sehr die Schuld auf beiden Seiten ruht, dafür erbrachte der Minister Seeburg einen drastischen Beweis, indem er dem Hause die beiden Seiten abgenommenen Gummihäpchen und Schuhwaffen vorlegte. Der Minister wies mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß die Regierung weder rechts noch links einen Selbstschuß anerkennen könne. Dieser Gedanke wurde in der Debatte dann besonders einbrudsvoll von dem demokratischen Sprecher, dem Abg. Jansen, vertreten. Jansen wies vor allem auch darauf hin, daß alle die fragwürdigen Hände der Rechten nur die beklagenswerte Entpolitisierung des Bürgertums fördern. Der wahre Bund für Freiheit und Ordnung ist die Zusammenfassung der demokratischen Kräfte, die hinter der Regierung und der Republik stehen.

Ein Eingeständnis der englischen Wirtschaft am Krieg. Zu der Rede Lloyd Georges in Manchester führt „Stockholms Dagblad“ aus, die Rede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George habe, soweit sie sich auf die Politik des ehemaligen englischen Außenministers Grey im Hochsommer 1914 beziehe, weitestgehende Bedeutung, weil darin ein deutliches Eingeständnis der englischen Wirtschaft am Krieg liege. Die Zeitung schreibt weiter, es sei die Politik der Gebuldsprobe gewesen, die 1914 Deutschland in Unkenntnis der Haltung Englands gehalten habe und deshalb sei der Krieg in vollen Flammen ausgebrochen. Es habe erst einer innerlichen Explosion bedurft, damit dies Eingeständnis einmal gemacht, und die Menschheit, die im Verfall der Frieden die Hauptursache der langen Leidenszeit erkannt habe, habe einen Grund mehr, die Revision des schändlichen Nachwerks zu verlangen, das Deutschland allein die Schuld auferlege, nachdem jetzt die Entente selber durch einen ihrer ersten Vertreter einen sehr großen Anteil an der Verantwortung am Kriege auf sich genommen habe.

Von Stadt und Land.

Am 21. Oktober 1924

Eine Aufgabe für Eltern und Erzieher. Von der Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei wird uns geschrieben: Dem Ministerium des Innern sind in letzter Zeit Eingaben eingegangen in denen eine Verenderung der Verordnung über Taugvergnügen vom 8. Juli 1922 in der Richtung erstrebt wird, daß auch Personen nach vollendetem 16. Lebensjahr, etwa bis zum 17. oder 18. Lebensjahr, der Zutritt zu öffentlichen Tanzveranstaltungen verboten werden möchte. Das Ministerium beabsichtigt nicht, diesen Anträgen zu entsprechen, da durch ein solches Verbot die Sittlichkeit nicht gefördert werden kann. Das sittliche Verhalten des Einzelnen ist keine Volkstugend, sondern eine Erziehungsfrage, die durch Einwirkung der Eltern und der Schule gefördert werden muß. Die Durchführung des geforderten Verbots würde eine Rückkehr zu den früheren einengenden Maßnahmen bedeuten, die weder den Gemeinwohlwählenden noch den Saalhabern selbst erwünscht ist. Eine Rückkehr zu den alten Bestimmungen würde auch gleichzeitig die Wiedereinführung der dauernden Taugvergnügte, die se. n. u. mit sich bringen. Hierzu würde es aber einer erheblichen Zahl von Volkstugenden bedürfen, die jetzt in vielen Gemeinden nicht zur Verfügung stehen, während sie im übrigen andere wichtigere Aufgaben zu lösen haben.

Der Einkommensteuerwert soll folgendermaßen festgesetzt werden: für die ersten 300 000 Mark 10 v. H., für weitere 200 000 Mark 15 v. H., für weitere 250 000 Mark 20 v. H., für weitere 300 000 Mark 25 v. H., für weitere 350 000 Mark 30 v. H., für weitere 400 000 Mark 35 v. H., ferner in Staffeln von je 500 000 Mark mit Steuerhöhen von 40, 45, 50, 55 und 60 v. H. Der neue Tarif soll bei der Veranlagung für das 4. Kalendervierteljahr 1922 Anwendung finden. Die Veranlagung der Wähler soll am 1. November in Kraft treten.

Voranmeldungen und Vorauszahlung für die Umlagesteuer. In einer Bekanntmachung des Finanzamtes Aue in vorliegender Ausgabe wird auf die Umlagesteuer der Umlagesteuer aufmerksam gemacht. Wir weisen bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die Umlagesteuer und die Umlagesteuer derselben seit 1. Oktober von den Städten und Gemeinden auf die Finanzämter übergegangen ist und daß aber die in den Städten Aue, Eibenstock, Löhndorf, Reuscha, Schneberg, Schwarzenberg, Johanngeorgenstadt, Grünhain und in den Gemeinden Schönheide und Lauter wohnenden Steuerpflichtigen die Vorauszahlung für das 4. Vierteljahr 1922 noch an die Städte bzw. die Gemeinden abzuführen haben.

Benutzung mehrerer Plätze im Eisenbahn-Wagen. Neuerdings suchen sich Reisende der höheren Wagenklassen, namentlich solche aus dem balatstarken Ausland, eine besonders bequeme Fahrt dadurch zu sichern, daß sie unter dem Vorgeben von Krankheit mehrere Fahrkarten lösen und die entsprechenden Anzahl Plätze im Zug in Anspruch nehmen. Auch bei Wagenmangel bestehen solche Reisende auf den von ihnen beantragten Plätzen. Ein solches Vorgehen ist unzulässig und das Zug- und Waggenspersonal ist angewiesen, dagegen unbedingt einzuschreiten. Der Eisenbahn-Vorstand hat nur das Verhalten ganzer Abteile, nicht aber das Einnehmen mehrerer Plätze durch eine Person vor.

Antrag auf Errichtung eines Schlichtungsausschusses in Aue. Um über den Antrag der Arbeitgeber-Vereinigung ergo- dirischer Industrien eine Aussprache der Interessenten herbeizuführen, hatte der Demobilisationskommissionar zu Amdam für 10. d. M. nach dem Stadthaus zu Aue eine Versprechung erbracht. Diese verlief negativ, da sich die Vertreter der Arbeiterschaft gegen den Vorschlag aussprachen.

Erhöhung des Mindestkapitals der Aktiengesellschaften und S. m. b. H. Wie und aus Wäunen l. U. gemeldet wird, sprach sich die dortige Handelskammer für sofortige Erhöhung des Mindestkapitals der S. m. b. H. und Aktiengesellschaften aus. Selbst im vorigen Jahr von den sächsischen Handelskammern vorgelegene Mindestkapital von 200 000 Mark (bis jetzt immer noch 100 000 Mark) bei einer S. m. b. H. sei viel zu niedrig und müsse erheblich erhöht werden. Bei Aktiengesellschaften soll keine Höhe mehr unter 1000 Mark ausgeben werden, selbst nicht in Ausnahmefällen, außerdem müßten die Gründer nicht

mindestens je eine Aktie, sondern eine viel größere Anzahl erwerben. Ferner trat man für eine Mindestbegrenzung des Mindestkapitals ein, für die die Vorschläge zwischen einer und fünf Millionen Mark schwanken.

Landtagswahlbewegung.

Oberbürgermeister Dr. Althaus spricht wegen Sonntag vormittags 11 Uhr im Bürgergartencafé für die Demokratische Partei. Nicht nur die deutsch-demokratisch orientierten Wähler und Wählerinnen werden sich den Besuch des Vortrages nicht entgehen lassen; es werden auch viele Angehörige anderer bürgerlicher Parteien im Saale anwesend sein, da erstens Herr Dr. Althaus ein gewandter Politiker ist, der die größte Wirkung auch aus den Reihen seiner Gegner genießt, dann ist Herr Dr. Althaus aber auch ein Mann der Tat und der Wirklichkeit. Ihn zu hören, darf niemand veräumen. Wahlverhältnisse für die Landtagswahl. Im Wahlkreis Chemnitz-Weißwasser 7 Vorkandidaten eingegangen und zwar: 1. die Liste der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei mit 85 Bewerbern, 2. die Liste der Kommunistischen Partei mit 80 Bewerbern, 3. die Liste der Deutschen Nationalen Volkspartei mit 31 Bewerbern, 4. die Liste der Deutschen Demokratischen Partei mit 18 Bewerbern, 5. die Liste der Zentrumspartei mit 8 Bewerbern, 6. die Liste der Deutschen Volkspartei mit 24 Bewerbern und 7. die Liste der Deutschsozialen Partei mit 10 Bewerbern. Verspätet eingegangen war noch ein Wahlvorschlag der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, Ortsgruppe Metzen. Er konnte nicht zugelassen werden.

Von den Auer Lichtspielbühnen.

In den Carosatheater-Lichtspielen läuft ab Donnerstag ein netter Publikumsspiel Umette, die Robeprincepsin in erfreulichem szenischem Rahmen. Dieser neue Umette-Film ist eine wahre Erholung. Er zeichnet sich durch ausgeglichene Charakterisierung der Figuren aus. Als Hauptprogramm 2 zweifelhafte Original-Goldwyn-Filme Umette und Umette und Freds „Kleine Säge“, entzückende amerikanische Kunstwerke. Es liegt etwas in diesen Filmen, das miterleben, mitspielen läßt — und das ist ihre Stärke, der auch wir uns nicht entziehen können. Alles in allem, ein genussreicher Abend.

Leuter. Billiger Kaninchenstall. Billiges Holz zu einem Kaninchenstall beschaffte sich ein 84 Jahre alter Bauarbeiter, der von einem Neubau in der Auer Straße dabeist wiederholt Bretter entwendete. Bei einer Durchsicherung wurden in seiner Wohnung 60 Dreiter im Werte von fast 12 000 Mark gefunden.

Oberer. Kampf mit einem Kartoffelbleib. Einem Gutsbesitzer in Oberer waren wiederholt Kartoffeln vom Felde gestohlen worden, weshalb er sich mit seinem Sohne in der Nähe postierte und einen Mann ertrappe, der über 50 Pfund Kartoffeln in einem Sack hatte, die er gestohlen hatte. Als sich der Dieb überrascht sah, schlug er mit seinem starken Stock auf den Sohn des Gutsbesitzers ein und verletzte ihn nicht unerheblich am Kopfe. Auf die Hilfe des Verletzten kamen Leute herbei, die den Dieb mit nach dem Gute nahmen, wobei er auch die Kartoffeln tragen mußte. Dort wurde seine Verhaftung in einem Oberer Bergarbeiter festgesetzt.

Städt. Stifftung. — Städtisches Orchester. Die hiesige Baumwollspinnerei hat der Stadtgemeinde 100 000 Mark zur Verfügung von Kartoffeln und Holz- und Leuchtstoffen für bedürftige Einwohner überwiesen. — Die Stadtorbneten haben den Zuschuß für das städtische Orchester auf 60 000 Mark erhöht.

Wägen. Obstausstellung. Die vom Bezirksobstbauverein Wägen veranstaltete Obstausstellung ist bestens gelungen. Umrahmt von prächtigen Pfingstdekorationen boten die in geschmackvoller Weise ausgestellten Früchte der verschiedensten Sorten einen das Herz erfreuenden Anblick. Für die Preisrichter war es eine schwere Aufgabe, aus der Fülle der Preisgaben die vielen Preisrichter festzusetzen.

Leipzig. Hohe Theaterpreise. Vermittelfreiheit. Die Stadtverordneten stimmten der Erhöhung der Eintrittspreise in den städtischen Theatern um 100 Prozent zu, ebenso dem Antrag auf Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen und Berufsschulen um das Vierfache, sowie dem Antrag, in den Volksschulen die Vermittelfreiheit einzuführen, obwohl von Staatsseite darauf hingewiesen wurde, daß das Ende des Reiches sei und die Finanzlage der Stadt die Durchführung des Beschlusses nicht ermögliche.

Dresden. Der Erhalt der Vogelwiese in Dresden in Frage gestellt. Die letzte Vogelwiese hat der Dresdner Schützengilde einen Verlust von 200 000 Mark gebracht, trotz angemessener Preise für die Wägen. In die weitere Wägen der Dresdner Vogelwiese, die von vielen Kreisen, insbesondere von den zahlreichen Kunstlern, dringend verlangt wird, kann nach einmütiger Auffassung der Gilde nur gebacht werden, wenn die städtischen und städtischen Behörden diesem volkstümlichen Unternehmen gegenüber eine ganz andere Stellung einnehmen, als bisher. Die Hauptversammlung war geschlossen der Ansicht, daß es eine hohe moralische Verpflichtung der Gilde sei, das Fortbestehen des Jahrhunderte alten Volkstestes zu erhalten.

Wägen. Schadenfeuer in einer Spinnerei. Im benachbarten Wägen brach am Mittwochabend in der Spinnerei und Weberei von E. W. Thomas ein verheerendes Großfeuer aus, dessen Ausbreitung die ganze Stadt hindurch andauerte und das die Druckerei vollständig einäscherte. Der Schaden an Gebäuden, Maschinen, Fortschrittsfabrikanten usw. wird auf über 100 Millionen Mark geschätzt. Etwa 200 Arbeiter sind zunächst beschäftigungslos. Der Brand ist durch die Unvorsichtigkeit eines jugendlichen Arbeiters beim Gebrauch von Handböckern entstanden.

Vermischtes

Schließung sämtlicher Betriebe der Krupp-Werke. Von der Direktion des Krupp-Werkes in Essen wird mitgeteilt: Nachdem unsere Beschäftigung unrentabel wurde die Werke niedergelegt hat, schließen wir die auf weiteres unsere Betriebe. Die gesamte Belegschaft hat sich als entlassen zu betrachten.

Das Ende der ersten deutschen Eisenbahn. Die Rudolfsbahn, die 1834 als erste deutsche Eisenbahn zwischen Nürnberg und Regensburg erbaut worden ist, soll wegen Unrentabilität den Betrieb einstellen. Die Stadt Regensburg ist an Nürnberg mit dem Eisenbahnnetz angeschlossen. Die Bahn zu übernehmen und sie in ihrer ursprünglichen Straßenbahn einzubringen.

Ein Gemeinderat wegen Betrugs verurteilt. In Wägen (Wefer) wurde der Sozialdemokratische Gemeinderat durch mehrere Gemeinderatsmitglieder unter der Aufsichtung des